



Gipfel-Nachrichten

Eine Information der GdP für Einsatzkräfte beim NATO-Gipfel 2009

Ausgabe 3
vom 31.03.2009

**Wir sind für
Euch
erreichbar**

Landesbezirk
Baden-Württemberg
GdP Hotline
07000 2255 437

Landesbezirk
Bundespolizei
GdP-Hotline
01577-4435402

Unsere Themen:

Grußworte
**Polizeisprecher der
Parteien aus dem
Landtag Baden-
Württemberg wenden
sich an die Einsatz-
kräfte**

Leserbriefe
(Seite 1)

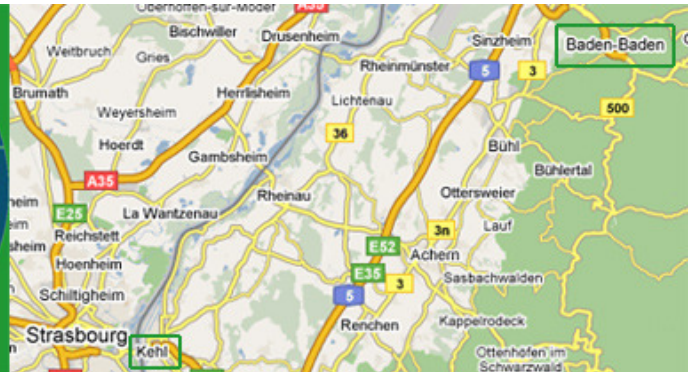
GdP vor Ort
**Kochen für die
Einsatzkräfte**
(Seite 2)

NATO Gegner Aktivität
**Freiburger Meldeauf-
lagen für gewaltbereite
NATO-Gegner**
(Seite 3)

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk Baden-Württemberg
Einsatzgeschäftsstelle Baden-Baden
Hotline: 0700 0 2255 437
V.i.S.d.P. Rüdiger Seidenspinner
Redaktion: Thomas Mohr
Mobile Presse- und Geschäftsstelle
info@gdpmannheim.de
Telefon 01520-1775418

Landesbezirk Bundespolizei
Geschäftsstelle NATO-Gipfel
GdP-Phone 01577-4435405



V.l. POR Stefan Windisch, Jörg Radek (GdP Bundesvorstand), Christian Baier, Harald Fengler, Harald Rank, Guido Kuhn, Willi Sailer, Josef Senft, Rüdiger Seidenspinner (stv. Landesvorsitzender BW) und PHK Marcel Strittmatter

Foto: GdP

GdP Personalräte und Einsatz-Betreuer ließen sich bei der Bundespolizei in Böblingen informieren

Böblingen: Kurz vor der heißen Phase des NATO-Gipfel-Einsatzes informierten sich die GdP Personalräte und Betreuer der Bundespolizei zusammen mit dem stv. Landesvorsitzenden, Rüdiger Seidenspinner und dem GdP-Bundesvorstandsmitglied, Jörg Radek, über den aktuellen Planungsstand.

Der stellv. Leiter, POR Stefan Windisch (Aufbaustab Bundespolizeidirektion Stuttgart) gab den Teil-

nehmern den derzeitigen Planungs- und Verwendungsstand der eingesetzten Bundespolizei Kolleginnen und Kollegen bekannt.

PHK Marcel Strittmatter (Aufbaustab Bundespolizeidirektion Stuttgart), zuständig für Unterbringung und Versorgung, zeigte anschaulich in einer Präsentation, welche Unterbringung und welche Verpflegung die Einsatzkräfte der Bundespolizei erwarten wird.



LESERBRIEFE

Hallo,
seit langem bin ich in keiner
Gewerkschaft mehr. Gott sei
Dank.
Wenn ich diese Gipfel-
Nachrichten lese kommt's mir
hoch. Da lobt sich die Polizei
wieder selbst in den höchsten
Tönen. Schaut da niemand hinter
die Kulissen? Von unseren Leu-
ten, die nächste Woche in den
Einsatz sollen weiß noch niemand
wann, wie und wohin. Das ist
schlicht und ergreifend eine
Frechheit. Darum sollte sich die
Gewerkschaft mal kümmern.
Aber damit kann man sich ja
nicht profilieren, da geht's ja nur
um den kleinen Mann.

Dieter Wagner, PHM
PRev. Oberndorf

+++++

Hallo,
heute möchte ich Euch unser
Problem mit unserer Abordnung
zum Nato - Gipfel schildern.
Seit 27.03. 2009 sind wir (4 Be-
schäftigte) abgeordnet von der
PP Stuttgart nach Freiburg.
Letzten Donnerstag sind wir nach
Karlsruhe (Einsatzort) gefahren,
um dort unseren Relaiswagen zu
deponieren.

Dort wurde uns mitgeteilt, dass
unsere Unterkunft für die gesam-
te Zeit am Kaiserstuhl sei.
Das sind 130 Km einfach. Der
Werkstatteleiter von KA mutet uns
dies nicht zu (nach 12 Stunden,
Nachts), die weite Strecke zu
fahren.

Er hat in KA eine Unterkunft
gesucht und auch gefunden. Das
Problem dabei: Karlsruhe zahlt
dafür nicht, da wir abgeordnet
sind nach Freiburg. Freiburg zahlt
nicht, da wir eine Unterkunft am
Kaiserstuhl zugeordnet bekamen.
Umbuchung ausgeschlossen.
Am Donnerstag sind wir wieder
nach Stuttgart gefahren. Am
Freitag wieder nach KA. Unter-
kunftproblem wie gehabt.

Am Freitag sind noch Kräfte
von Rheinland - Pfalz gekommen
(4 Personen). Unterkunft :
Am Kaiserstuhl. Ihnen gab man in KA
Notunterkünfte in Büroräumen
für das Wochenende.

Wir aus Stuttgart durften
Nachmittags nach Stuttgart
zurückfahren. Für den Montag
sind wir bei unserer Dienststelle
in Stuttgart. Ab Dienstag wieder
in KA. Unterkunft bis jetzt :
Kaiserstuhl.

Jeder sieht ein, dass die Unter-
kunft am Kaiserstuhl unzumutbar
ist, Aber es ändert sich nichts.
Am Freitag kam dann noch eine
Änderung der Abordnung.
Dienstort ist nicht Freiburg,
sondern Karlsruhe.
Bis jetzt haben wir noch keinen
anderen Sachstand.

Mit freundlichen Gruß
Jürgen Wolff
PP Stuttgart

**Dampf
ablassen!**

Schreiben Sie uns wo,
Sie der Schuh drückt.

Grußworte an die Einsatzkräfte



Liebe Kolleginnen und
Kollegen der Polizei,
liebe Mitglieder der GdP,
ich wünsche Ihnen für
Ihren bevorstehenden
Einsatz beim NATO-
Gipfel alles Gute und
insbesondere, dass alle
im Vorfeld geäußerten
Befürchtungen und ne-
gativen Szenarien nicht
eintreten werden. Es ist
meine Hoffnung, dass

wir einen friedlichen
Verlauf der Tagung erle-
ben werden. Ich weiß
und schätze sehr, dass
Sie in diesem Zusam-
menhang nicht nur für
die Sicherheit von
Staatsgästen, sondern
auch für Grundrechte
der Bürgerinnen und
Bürger eintreten wer-
den, z.B. das Grundrecht
auf Versammlungs- und
Demonstrationsfreiheit.
Zu einer freiheitlichen
Demokratie gehört es
unverzichtbar dazu, dass
bei einem solchen Jubi-
läum wie dem 60. Jah-
restag der NATO-
Gründung sich auch kri-
tische Stimmen Gehör
verschaffen können.

Das Engagement der
GdP für die Kolleginnen

und Kollegen im
"Gipfelausatz" ist vor-
bildlich. Der Newsletter
ist sicher eine gute Sa-
che. Sollte es Anlass für
Beschwerden, Kritik,
Wortmeldungen usw. in
Zusammenhang mit Ih-
rem Einsatz in den
nächsten Tagen gibt, mel-
den Sie sich bitte. Ich
sage Ihnen zu, für alle
Ihre Anliegen ein offenes
Ohr zu haben.

Mit freundlichen
Grüßen

Ihr

Uli Sckerl
Polizeisprecher
Fraktion GRÜNE
im Landtag von Baden-
Württemberg



Liebe Einsatzkräfte beim
NATO-Gipfel 2009,
als polizeipolitischer
Sprecher der Landtags-
SPD möchte ich Ihnen
im Namen meiner Frakti-
on für Ihren Einsatz
beim Nato-Gipfel 2009 in
Straßburg und Baden-
Baden danken. Für die
anstehenden Herausfor-
derungen wünsche ich
Ihnen gutes Gelingen.
Erst vor wenigen Tagen

hatte ich die Gelegen-
heit, die BAO Atlantik in
der Polizeiakademie in
Freiburg zu besichtigen
und mich bei Gesprächen
davon zu überzeugen,
dass die baden-
württembergische Polizei
das Menschenmögliche
tut, um unsere Gäste
und die Menschen vor
Ort zu schützen und für
einen reibungslosen Ab-
lauf des Gipfels zu sor-
gen.

Aus Gesprächen mit Be-
amtinnen und Beamten
der Polizei weiß ich, dass
der Einsatz beim Nato-
Gipfel eine Belastung
darstellt, die weit über
das Maß Ihrer sonstigen
Arbeit hinausgeht. Auch
deswegen gebührt Ihnen
Lob und Anerkennung.
Sie leisten einen Dienst
an der Gesellschaft, der
nicht selbstverständlich

ist und den weder die
Politik noch die Bürgerin-
nen und Bürger als
selbstverständlich anse-
hen dürfen. Ich kann
Ihnen versichern, dass
die SPD-Landtags-
fraktion sich dafür ein-
setzen wird, dass Ihr
Engagement, die vielen
Überstunden und die
überdurchschnittliche
Belastung honoriert wer-
den.

Herzliche Grüße und
noch einmal meinen Bes-
ten Dank für Ihre Arbeit!

Ihr

Reinhold Gall MdL
Parlamentarischer Ge-
schäftsführer der SPD-
Landtagsfraktion

Polizei erwartet bis zu 20.000 NATO-Gegner

30.03.2009 Freiburg. Wenige Tage vor dem NATO-Gipfel in Baden-Baden und Straßburg wird der Ton zwischen Demonstranten und der Polizei deutlich schärfer.

Die Organisatoren der Proteste sehen ihr Grundrecht auf Demonstration verletzt und werfen den Behörden "Panikmache" und "Kriminalisierung" vor. Die Polizei kündigte an, weitere mögliche Gewalttäter ins Visier zu nehmen. Anhänger der linksextremistischen Szene seien bereits mit Meldeauflagen belegt worden, sagte Baden-Württembergers Innenminister Heribert Rech (CDU) heute in Freiburg.

Am Freitag und Samstag sind auf deutscher Seite 14 600 Polizisten im Einsatz, in Straßburg 10 000. Erste Ausschreitungen wurden bereits für heute Abend in Freiburg erwartet: Die Polizei rechnete mit bis zu 3000 Teilnehmern einer nicht angemeldeten Demonstration von Gegnern des NATO-Gipfels.

Insgesamt erwartet die Polizei bei den Protesten in den kommenden Tagen bis zu 20 000 Teilnehmer. Davon stuft sie bis zu 3000 als gewaltbereit ein. Die Straßburger Polizei schätzt ihre Zahl nach Angaben der französischen Innenministerin Michèle Alliot-Marie auf etwa 2000.

Die Metropole im Elsass sei deutlich stärker betroffen: "Wir haben das Camp der NATO-Gegner und den Versammlungsort der NATO-Mitglieder, das haben die Deutschen nicht".

Rech betonte: "Die Personen aus der Szene, die in der Vergangenheit mit gewalttätigen Aktionen in Erscheinung getreten sind, müssen mit uns rechnen. Sie sollen wissen, dass wir sie im Auge haben." Bislang sind in Kehl und Baden-Baden 14 Demonstrationen und Protestaktionen angemeldet.

"Zusätzlich wird es eine Reihe von Spontanaktionen geben", sagte Landespolizeipräsident Erwin Hetger. Die Mobilisierung sei hoch, es werde auch zur Gewalt aufgerufen.

Kochen für die Einsatzkräfte

Nato-Gipfel: Der Verpflegungsposten in Willstätt versorgt täglich bis zu 500 Polizisten mit Essen

Quelle: Baden Online



Unter anderem in Willstätt werden die Einsatzkräfte des Nato-Gipfels mit Essen versorgt. Schon jetzt stärken sich Polizeibeamte in der Hanauerland-Halle.
Foto: Günter Ferber

Viele Polizisten werden beim Nato-Gipfel Anfang April für die Sicherheit der Staatsgäste sorgen. Damit die Einsatzkräfte keinen Hunger leiden müssen, werden verschiedene Verpflegungsposten eingerichtet. Einer davon befindet sich in Willstätt.

Willstätt. Rund um den Nato-Gipfel Anfang April in Kehl und Straßburg werden Tausende Polizisten im Einsatz sein. Die Einsatzkräfte müssen während ihres Dienstes natürlich auch mit Essen versorgt werden. Ein Verpflegungsposten befindet sich in der Hanauerland-Halle.

Am Mittwoch rückte die Verpflegungseinheit in Willstätt an. Die bayrische Fahne an der fahrbaren Küche verriet es: Die Einheit kommt aus der Oberpfalz, die Leute tun zum größten Teil normalerweise ihren Dienst in Bayreuth und Deggendorf. In und um die Halle wurde alles aufgebaut.

Bereits am Donnerstagabend wurden knapp 100 Polizisten zum ersten Mal mit warmem Essen versorgt. In der kommende Woche wird die Zahl noch kräftig ansteigen. In Spitzenzeiten sollen 500 Frauen und Männer der Bereitschaftspolizei und Bundespolizei bekocht werden. Außerdem werden in der Halle und den drei fahrbaren Küchen, die neben der Hanauerland-Halle stehen, täglich bis zu 2500 Essenspakete gerichtet, die dann von Einsatzkräften in Willstätt abgeholt werden.

Damit den Beamten auch der Essensnachschub nicht ausgeht – dafür sorgen acht Köche und acht Hilfsköche zusammen mit ihren 18 Helferinnen und Helfern. Serviert werden die Mahlzeiten nicht etwa auf Plastiktellern, sondern auf richtigem Geschirr, dass nach Gebrauch in der Halle gespült wird.

„Wir wollen in die verbotene Stadt Straßburg“

Dagegen versicherten die Protest-Veranstalter, die Demonstranten kämen in friedlicher Absicht. Sie wollten "bunt" und "laut" gegen "völkerrechtswidrige und von Wirtschaftsinteressen geleiteten Kriege" der NATO protestieren, sagten die Sprecher der insgesamt 600 Organisationen aus 33 Ländern in Berlin. Jonas Frykman von der Interventionisti-

schen Linken kündigte aber auch an: "Wir wollen in die verbotene Stadt Straßburg. Wir bereiten uns darauf vor, ab 6.00 Uhr den Zugang für die Teilnehmer der NATO-Tagung zu blockieren. Und wir wollen, dass (US-Präsident Barack) Obama von uns Kenntnis nimmt."

Die NATO will den Jubiläumsgipfel mit AWACS-Aufklärungsflugzeugen absichern. Die Flug-

zeuge würden auf Antrag der deutschen Behörden eingesetzt und von Deutschland, Großbritannien und Frankreich gestellt, teilte die militärische Zentrale des Verteidigungsbündnisses in Mons (Belgien) mit.

Die Flugzeuge vom Typ Boeing sind mit einem speziellen Radar-System ausgestattet; es dient zur Aufklärung und Frühwarnung.

Freiburger Meldeauflagen für gewaltbereite NATO Gegner

Quelle: www.swr.de

Wenige Tage vor dem NATO-Gipfel werden die Fronten zwischen Polizei und NATO-Gegnern härter: Die Polizei hat zahlreiche Anhänger der linksextremistischen Szene mit Meldeauflagen belegt. Die NATO-Gegner sprechen von einer Verletzung des Grundrechts auf Demonstration.

Wie Innenminister Heribert Rech (CDU) in Freiburg mitteilte, müssen die möglichen Störer beim Polizeirevier ihres Wohnortes regelmäßig erscheinen, sonst droht ihnen die Festnahme. Die Polizei wolle damit verhindern, dass die ihnen bekannten Aktivisten an gewalttätigen Protesten rund um den NATO-Gipfel teilnehmen.

Weitere Meldeauflagen kommen. "Die Personen aus der Szene, die in der Vergangenheit mit gewalttätigen Aktionen in Erscheinung getreten sind, müssen mit uns rechnen. Sie sollen wissen, dass wir sie im Auge haben", sagte Rech. Eine Zahl, wie viel Meldeauflagen verhängt wurden, wollte der Minister nicht nennen. Sie bewege sich in einem zweistelligen Bereich. In den kommenden Tagen werde sie noch steigen. Die Polizei erwartet nach Rechs Worten zu



Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech informiert sich am Montag in der Freiburger Einsatzzentrale der Polizei über den Stand der Vorbereitung

den Protesten gegen den NATO-Gipfel Ende der Woche in Baden-Baden, Kehl (Ortenaukreis) und Straßburg 15.000 bis 20.000 Teilnehmer. Davon würden bis zu 3.000 Demonstranten als gewaltbereit eingestuft. Ihnen stehen allein auf deutscher Seite knapp 15.000 Polizisten gegenüber.

NATO-Gegner: „Aus Grundrecht wird ein Gnadenbrot“

Die Organisatoren der Proteste kritisierten massiv die Auflagen der Polizei und die Einschränkung des Demonstrationsrechts. "Aus diesem Grundrecht

wird ein Gnadenbrot", sagte Reiner Braun vom No-to-NATO-Vorbereitungskreis in Berlin. Die Behörden in Deutschland und Frankreich betrieben "Panikmache" und "Kriminalisierung" der Demonstranten, sagte Monty Schädel, Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Selbst Bewegungen, Kleidung und die Größe der Transparente würden reglementiert. Die Organisatoren versicherten, die Demonstranten kämen in friedlicher Absicht.